



Regierungsratsbeschluss vom 16. Mai 2023

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD; Änderung der Ausführungsverordnung (VZAE, VWWAL, AsylV 2) zum Ausländer- und Integrationsgesetz und zum Asylgesetz (Anpassungen des Status der vorläufigen Aufnahme); Vernehmlassung

P230281

1. Der Regierungsrat genehmigt den Entwurf der Vernehmlassungsantwort an das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement.

Begründung

Der Kanton Basel-Stadt begrüsst die vom Bund vorgeschlagenen Massnahmen, um vorläufig Aufgenommenen den Zugang zum Arbeitsmarkt zu erleichtern. Eine rasche und nachhaltige Integration dieser Personengruppe in den Arbeitsmarkt und damit in die Gesellschaft ist das Ziel der Integrationsagenda Schweiz (IAS). Administrative Vereinfachungen bei der Aufnahme einer Erwerbstätigkeit entlasten auch die Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber. Ebenfalls unterstützt wird insbesondere die Vereinfachung beim Kantonswechsel im Fall, dass vorläufig Aufgenommene Arbeit oder Ausbildungsmöglichkeiten ausserhalb des Wohnkantons finden und die für einen Wechsel nötigen Kriterien erfüllen.

